

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Moratorium gegen eine Neuzulassung von Glyphosat

(Drs. 17/10033)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: ...

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass sowohl die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN als auch die SPD-Fraktion für ihren Antrag jeweils namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und weise darauf hin, dass die Gesamtredezeit 24 Minuten beträgt. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer zurzeit aufmerksam übers Land fährt, wird sie überall sehen: Die unnatürlich gelben Felder, totgespritzt mit Glyphosat. Die Neuzulassung dieses Wirkstoffs steht möglicherweise unmittelbar bevor. Die EU-Kommission hat deutlich signalisiert, dass sie Glyphosat demnächst zulassen möchte.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Danke, Frau Präsidentin. – Dabei gibt es erhebliche Zweifel bezüglich der Unbedenklichkeit dieses Giftes. Ich erinnere daran, dass die WHO Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend beim Menschen eingestuft hat. Natürlich macht die Dosis das Gift. Das wissen wir auch. Aber gerade beim Pflanzenschutzmittel Glyphosat ist noch nicht eindeutig bewiesen, dass sein Einsatz unbedenklich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens lehnen 70 % der Deutschen – das ist ein hoher Prozentsatz – dieses Gift ebenfalls ab. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit – EFSA – hat selbst zugegeben, dass die Unterlagen zum Teil mangelhaft sind und die Hersteller noch zusätzliche Unterlagen beibringen müssen. Trotzdem will die Kommission diese Ergebnisse nicht mehr abwarten. Die Zulassung von Glyphosat zu erneuern, bevor eine abschließende Bewertung erfolgt ist, bedeutet, die menschliche Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Das wäre nicht der Schutz der Bürger, von dem wir heute schon so oft gesprochen haben.

Ich möchte nur daran erinnern, dass es ein Schreiben von hundert Wissenschaftlern gibt, die vor einem Einsatz von Glyphosat warnen. Sie lassen kein gutes Haar an der Bewertung durch das Bundesinstitut für Risikobewertung – BfR. Sie sehen darin schwerwiegende Mängel. Wissenschaftlich unakzeptabel sei diese Bewertung. Auch das Umweltbundesamt hat sich gegen die Neuzulassung gewandt. Das BfR hat seine Aussage inzwischen übrigens auch relativiert. Am Anfang hieß es, Glyphosat sei absolut unbedenklich. Inzwischen wird betont, Glyphosat sei nur bei bestimmungsgemäßer Verwendung und nach dem derzeitigen Wissensstand wahrscheinlich nicht

krebserregend. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so argumentiert eine Behörde, wenn sie später nicht für Schäden haftbar gemacht werden will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Verlängerung der Zulassung zum derzeitigen Zeitpunkt stellt einen eklatanten Verstoß gegen das Vorsorgeprinzip, den Grundpfeiler der deutschen und der europäischen Verbraucherschutzpolitik, dar. Nach diesem Prinzip darf ein Produkt erst dann zugelassen werden, wenn seine Ungefährlichkeit zweifelsfrei feststeht. Die bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf sieht das Problem ganz ähnlich. Sie hat Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt Folgendes geschrieben. Ich zitiere:

Im Interesse des Verbraucherschutzes und des Umweltschutzes darf die Entscheidung über eine erneute Genehmigung nicht vorschnell getroffen werden. Es müssen alle verfügbaren wissenschaftlichen Bewertungen in eine solche Entscheidung mit einbezogen werden. Da die erneute Genehmigung eine Entscheidung für die nächsten 15 Jahre darstellt, dürfen solche Informationen nicht unberücksichtigt bleiben. Ich bitte daher, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzt, dass die Bewertungen noch abgewartet werden und in den Entscheidungsprozess der EU-Kommission einfließen können.

Zitat Ende. – Frau Scharf, damit haben Sie unsere volle Unterstützung. Im Umweltausschuss hatten wir das Thema schon. Dort haben Sie, Frau Schorer-Dremel, argumentiert, dass mit diesem Schreiben unsere Forderung schon erfüllt sei. Das soll und kann uns aber nicht reichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, welche Wirkung Ihr Brief, Frau Scharf, auf den Minister hatte. Sehr beeindruckt davon war er wohl nicht; denn eine Woche, nachdem er Ihren Brief erhalten hat, hat er sich im "Morgenmagazin" deutlich für die Zulassung von Glyphosat ausgesprochen. Nach dem, was man heute in der "Süddeutschen Zeitung" liest, ist anscheinend auch Umweltministerin Hendricks bereits umgefallen. Deshalb bin ich auch gespannt darauf, was die SPD-Fraktion dazu zu sagen hat. Eine Entscheidung des Bayerischen Landtags in gleicher Sache hätte eine etwas größere Schlagkraft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen gerade von der CSUFraktion, wenn Sie heute unseren Antrag auf ein Moratorium ablehnen, lehnen Sie auch ein Anliegen der bayerischen Umweltministerin ab. Überlegen Sie sich gut, welches Signal von einer solchen Entscheidung ausgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem Antrag der SPD-Fraktion können wir gerne auch zustimmen.

Zwischenbemerkung

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Als Erste hat sich Frau Kollegin Steinberger zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Anschließend folgt Herr Kollege Scheuenstuhl. – Bitte schön, Frau Kollegin Steinberger, Sie haben das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Kollegin Schorer-Dremel, mich wundert es schon, dass Sie heute wieder genauso argumentieren wie in der Sitzung des Umweltausschusses. Haben Sie denn nicht mitbekommen, dass der Brief, den die Umweltministerin nach Berlin geschrieben hat, völlig wirkungslos geblieben ist? Haben Sie nicht gemerkt, dass Herr Landwirtschaftsminister Schmidt diesen Brief entweder gar nicht zur Kenntnis genommen oder ihn ignoriert hat? Haben Sie nicht festgestellt, dass die Weichen in Berlin eindeutig auf die Zulassung von Glyphosat gestellt sind?

Mich wundert schon, dass Sie unseren Antrag ablehnen wollen und sich damit eindeutig gegen die Position und die Meinung der Umweltministerin stellen. Ich möchte Sie bitten, dazu noch einmal Stellung zu nehmen. Halten Sie es nicht für bedenklich, dass inzwischen über 70 % der Proben auf Glyphosat Belastungen ergeben haben? Glyphosat befindet sich in einem Großteil der Oberflächengewässer. Wollen Sie sich heute tatsächlich gegen Ihre eigene Umweltministerin stellen?

(Beifall bei den GRÜNEN)